Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 57 (1965)

Heft: 7-8

Rubrik: Zeitschriften-Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Diese Sätze lesen sich wie eine Sonntagsschullektion. Sie mit einem überlegenen Lächeln abzutun, hieße aber an jenen bitteren Erfahrungen vorbeisehen, die Vertrauensleute der Gewerkschaften Tag für Tag zu machen die Gelegenheit haben. Von den Pfiffen, mit denen aus den eigenen Reihen hervorgegangene Arbeitsdirektoren in unserem nördlichen Nachbarland an Tagungen empfangen werden, nicht zu reden. Liegen Enttäuschungen dieser Art nicht in der mangelnden Erkenntnis, daß mit der Mitbestimmung auch die Mitverantwortung untrennbar verknüpft ist? Die Gleichwertigkeit beider Faktoren läßt sich auch mit der größten Begeisterung für das eine nicht übertünchen, wenn nicht die andere Seite der Gleichung von uns Gewerkschaftern mit den Werten fachlicher Bildung und menschlichem Verstehen ausgefüllt werden kann. Nur so kommt ein Brückenschlag zu den Pfeilern der politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen im Mitbestimmungsrecht zustande. Die toten Buchstaben von Gesetz und Vertrag würden dann von der Praxis her belebt, und unsere Vernunft hätte uns die Türen geöffnet in das faszinierende Neuland einer echten Wirtschaftsdemokratie. Diese Schau der Dinge mag für den Skeptiker zu optimistisch, für den ungeduldig Wartenden zu pessimistisch erscheinen; sie ist aber in dem Sinne realistisch, daß zuerst wir etwas zu leisten und zu bieten haben, um als Partner an den gleichen Tisch mit den Unternehmern sitzen zu können.

Paul Keller, Rorschach.

Zeitschriften-Rundschau

Es darf wohl als ein Zeichen der Zeit angesehen werden, daß *«Der Volkswirt»*, die bedeutendste westdeutsche Wirtschafts- und Finanzzeitung, neuerdings eine Reihe von Beiheften zum Thema *«West-Ost-Handel»* veröffentlicht und sie über den Abonnentenkreis des «Volkswirts» hinaus der westdeutschen und westeuropäischen Oeffentlichkeit zugänglich macht.

In dieser Reihe ist mit dem Datum vom 28. Mai 1965 ein Heft mit dem Titel *«Europäische Volksrepubliken»* erschienen, das in einer langen Reihe interessanter und reich dokumentierter Aufsätze die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien darstellt und die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten, u. a. auch in «Stoßrichtung Entwicklungsländer» untersucht. In einem einleitenden Aufsatz unter dem bezeichnenden Titel *«Wegzeichen»* schreibt Dr. *Walter Trautmann*, der leitende Redaktor des «Volkswirts», u. a. folgendes:

«Obwohl die Politik der Entspannung in jüngster Zeit keine Fortschritte mehr gemacht hat, statt dessen wieder Wolken am Horizont der globalen West-Ost-Beziehungen heraufgezogen sind, setzt sich das Wachstum des Wirtschaftsaustausches zwischen den Oststaaten und der westlichen Welt fort.

Es ist zwar sehr differenziert und entspricht nicht ganz dem Ausmaß, das

sensationell aufgemachte Nachrichten und eine erregte handelspolitische Diskussion vermuten läßt, aber es ist dennoch eindrucksvoll, weil es beweist, daß ökonomische Evolutionen selbst im West-Ost-Handel begonnen haben, eine von der Weltpolitik weniger als bisher beeinflußte Rolle zu spielen. Dies kann gewiß morgen wieder anders sein, wenn es etwa zu Konfrontationen der Weltmächte in Spannungszonen kommt, doch unverkennbar ist im europäischen Osten die geringere außenpolitische Empfindlichkeit der Wirtschaftsplanung. Dem Beginn ihrer Entideologisierung folgen erste, wenn auch schüchterne Zeichen einer Entpolitisierung in dem Gürtel der mit der Sowjetunion verbündeten Ost- und Südoststaaten. Dieser Prozeß hat verschiedene Gründe.

Zu den Wandlungen des politischen Ordnungssystems in dem Ostblock laufen parallel die tiefgreifenden Veränderungen der Planung und Leitung der Produktion in den einzelnen Ländern. Neue Wirtschaftsmodelle faszinieren. Preisreformen werden durchgeführt, realistische Kostenrechnungen halten Einkehr, den Unternehmensleitungen werden weitreichende Befugnisse eingeräumt, aber auch hohe Verantwortung aufgebürdet, ein Marktdenken schafft sich Raum. Diese Umbildungen der zentralen Verwaltungswirtschaften vollziehen sich in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Der Buntheit der Modelle, eine Konsequenz der Lockerung des Blockgefüges der Warschauer Paktstaaten, eignet ein Gemeinsames: die stärkere Berücksichtigung des Westhandels. Aus ihm soll ein größeres Industriepotential geschöpft werden.

All diese Länder streben nach einer Harmonisierung ihrer Industriestruktur. Deren Mängel werden um so sichtbarer, je stärker marktwirtschaftliche Beziehungen in das ökonomische System aufgenommen werden. Die westlichen Lieferungen von Großanlagen entsprechen also strukturellen Notwendigkeiten. Der mittel- und langfristige Ostkredit ist deshalb nicht primär ein Ereignis des Wettlaufs westlicher Länder um Aufträge, sondern in erster Linie eine Selbstverständlichkeit angesichts des Standes der wirtschaftlichen Entwicklung der Oststaaten, deren fortschrittliche Industrialisierung wesentlicher Ergänzungen bedarf. Seit je sind ganze Fabrikanlagen nicht bar bezahlt, sondern auf Kredit geliefert worden.

Die Wirtschaftsbeziehungen zum europäischen Osten haben dazu noch einen anderen Aspekt gewonnen. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die langfristige Großanlagenkontrakte erfordern, läßt den Wunsch nach intensiveren Kooperationsformen erfüllbar erscheinen. Hier erstreckt sich mittlerweile das Programm vom Lizenzaustausch bis zur laufenden Lohnveredelung, von Gemeinschaftsgründungen bis zu gemeinsamen Operationen in Drittländern, besonders in der Entwicklungswelt. Im Gespräch ist viel – was sich realisieren läßt, steht noch dahin. Zwei Voraussetzungen erscheinen unabdingbar: Vertrauen und gewisse gemeinsame Grundauffassungen über das Wirtschaften. Hierfür können die Wirtschaftsreformen in den Oststaaten den Boden bereiten. Kein Zweifel, daß das Gelingen nur einiger dieser Pläne viel für die künftige Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses bedeuten würde.»

*

In aller Stille hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) seit etwa 1958 ein *Forschungsbüro in Afrika* aufgebaut, das den jungen Gewerkschaftern der jungen afrikanischen Länder bei ihrer so vielfältigen wie schwierigen Arbeit entscheidende Hilfe zu leisten beginnt. Ueber diese «Probleme und Möglichkeiten der Gewerkschaftsforschung in Afrika» hat in Heft 178 der in Brüssel in deutscher Sprache erscheinenden IBFG-Zeitschrift *«Freie Gewerkschaftswelt»* der schwedische Wirtschafter *Gus Edgren,* der während mehrerer Jahre Leiter des Afrikanischen Forschungsbüros in Kampala, Uganda, war, einen hochinteressanten Bericht veröffentlicht, über den wir hier kurz referieren wollen.

Edgren geht davon aus, daß in den Entwicklungsländern Kollektivverhandlungen «eine so heikle Angelegenheit» seien, weil «die Gewerkschaften gewöhnlich über grundlegende Tatsachen und Zahlen aus dem von ihnen vertretenen Industriezweig und der Gesamtwirtschaft zu wenig Bescheid wis-

sen». Der IBFG wurde sich daher frühzeitig bewußt, daß er den afrikanischen Gewerkschaften an Ort und Stelle helfen müßte, «Zahlen und Argumente zur Untermauerung ihrer Sache zu finden». Zunächst übernahmen die Lehrkräfte der Gewerkschaftsschule in Kampala, gelegentlich verstärkt durch Experten, die für einige Zeit dort weilten, diese Aufgabe. Aber es zeigte sich bald, «daß das Bedürfnis nach solchen Dienstleistungen zu groß war, um auf diesem Wege befriedigt werden zu können». Deshalb bewilligte der Ausschuß für den Internationalen Solidaritätsfonds des IBFG Mittel für die Errichtung eines kleinen Forschungsbüros in Afrika. Dieses «Afrikanische Forschungsbüro des IBFG» mußte zunächst in den ersten sechs Monaten einen Sonderlehrgang für gewerkschaftliche Forschungsreferenten durchführen, um sich einen ausreichenden Mitarbeiterstab in den verschiedenen afrikanischen Ländern zu schaffen.

Im Jahre 1964 wurde dann die Tätigkeit dieses Forschungsbüros organisch erweitert; es wurde dem Sekretariat der AFRO (Afrikanische Regionalorganisation) als besondere Abteilung angegliedert, und zwar mit einem Büro in Kampala und einem anderen am Sitz der AFRO in Lagos, Nigeria. Seitdem hat sich die Arbeit dieser Forschungsstelle sehr vielseitig gestaltet. Sie erstreckt sich nicht nur darauf, den afrikanischen Gewerkschaftsfunktionären das Material für ihre Kollektivverhandlungen in die Hand zu geben und sie für diese Verhandlungen zu schulen, sondern es muß auch an die anderen Aufgaben der afrikanischen Gewerkschaften gedacht werden.

Immer häufiger werden ja diese Gewerkschaften von ihren jungen nationalen Regierungen aufgefordert, einen Beitrag zu den nationalen Entwicklungsbemühungen zu leisten. Sie müssen zum Beispiel Gewerkschaftsfunktionäre in Kommissionen für Wirtschaftsplanung delegieren, müssen am Aufbau von Wohnungsbaugenossenschaften, Kreditgenossenschaften usw. mitarbeiten. Dazu heißt es dann in dem zitierten Aufsatz:

«Nur wenige Gewerkschaften in Afrika verfügen aber schon jetzt über die organisatorische Stabilität und das notwendige Fachwissen, um sich hier einzuschalten, doch sind sie dazu genötigt. Unterlassen sie es, dann kann ihre Daseinsberechtigung als freie und unabhängige Organisation bedroht werden. Das Afrikanische Forschungsbüro des IBFG hat einigen Landeszentralen bei der Prüfung ihrer nationalen Entwicklungspläne geholfen und sie bei der Ausarbeitung einiger Genossenschaftsprogramme und auch sonstiger Vorhaben unterstützt.»

Der Aufsatz informiert dann im einzelnen sehr konkret über die schon sehr vielseitige Tätigkeit dieses Forschungsbüros und über seine nächsten Aufgaben. Abschließend heißt es dort:

«Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Bedarf an Dienstleistungen in Forschungsfragen in der afrikanischen Gewerkschaftsbewegung rasch zunimmt. Der beste Weg, auf dem die internationale Gewerkschaftsbewegung hier helfen kann, wäre der, mehr Mittel für die Schulung in Kreisen der mittleren Gewerkschaftsführer, nämlich der Unterhändler, freizustellen, um sie in der Kunst zu üben, Tatsachenmaterial aufzutreiben und es bei der Darlegung ihrer Sache vor den Arbeitgebern oder den Regierungsstellen zu verwenden. Die Forschungsabteilung der AFRO wird zu dieser Aufgabe beitragen und den Landeszentralen helfen, ihre eigenen Forschungsabteilungen aufzubauen.»

Dr. Walter Fabian.